

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 13. Juli 1951

Nummer 28

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft um die Jahresmitte 1951

Bericht des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“
der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn

Die Lage der Weltwirtschaft

Das entscheidende Faktum in der weltwirtschaftlichen Entwicklung seit Beginn des Jahres 1951 war die Umkehr der Preisbewegung auf den Weltwarenmärkten, die Mitte Februar eingesetzt hat. Die Rohstoffpreise sind seither mit wenigen Ausnahmen gesunken. Beispielsweise ging Moody's Index (31.12.1931 = 100), der die Stapelwarenpreise in den USA wiedergibt, von seinem Höhepunkt von 535 am 2. Februar auf rd. 493 am 21. Juni 1951, also um 8 vH, zurück. Diese Umkehr der Preisbewegung wurde durch folgende Faktoren bewirkt:

- Reduzierung und teilweise Einstellung der amerikanischen stock piling-Käufe,
- Einführung von Höchstpreisen in den Vereinigten Staaten,
- Erschlaffung der übersteigerten Konsumenten-nachfrage,
- Realisationen der Spekulation,
- Kreditbeschränkungen in den Vereinigten Staaten von Amerika .

und schließlich
saisonale Einflüsse.

Nachdem sich die weltpolitische Lage in der jüngsten Zeit fühlbar entspannt hat, haben sich die auf eine Preiskorrektur hinwirkenden Kräfte noch verstärkt (Moody's Index am 6. 7. = 482).

Zweifellos gingen von der vorangegangenen Preiswelle Anregungen zu erhöhter Rohstoffproduktion aus, die bis zur Gegenwart anhielten. Inwieweit sie weiter wirksam sein werden, hängt davon ab, auf welchem Stand sich die z. Z. rückläufigen Rohstoffpreise fangen. Es ist anzunehmen, daß das Niveau der Rohstoffpreise in absehbarer Zeit nicht wieder auf den Stand des 1. Halbjahres 1950 zurückfällt. Dafür spricht die

mutmaßliche Angebots- und Nachfrageentwicklung. Allerdings stellt dabei der Gang der politischen Ereignisse, insbesondere im Fernen und Nahen Osten, ein großes Unsicherheitsmoment dar.

Das Angebot von Rohstoffen ist nur teilweise elastisch. Als verhältnismäßig elastisch hat sich bisher die Produktion von synthetischen Grundstoffen und von Erdöl erwiesen. Hinsichtlich der Baumwolle kann infolge der Anbauflächenenerweiterung mit einem erheblich größeren Angebot gerechnet werden. Bei den meisten Rohstoffen ist eine Erhöhung der Produktion nur in längeren Zeiträumen möglich. Die Nahrungsmittelproduktion befindet sich in stetem Anstieg. Für die Versorgung in der nächsten Zukunft sind jedoch die bevorstehenden Ernten entscheidend, die noch nicht ganz übersehen werden können. Spannungen in der Futtergetreideversorgung sind auch nach der neuen Ernte wahrscheinlich.

Für die Beurteilung der weiteren Entwicklung der Rohstoffmärkte sind auf der Nachfrageseite folgende Einflüsse in Betracht zu ziehen: eine Wiederaufnahme verstärkter amerikanischer stock piling-Käufe ist wahrscheinlich; Westeuropa wird ebenfalls seine Vorräte zu vergrößern suchen; für die steigende Produktion in der westlichen Welt werden mehr Rohstoffe als bisher verbraucht werden.

Andererseits haben die Erhöhung der Konsumgüterpreise und der Umbruch der Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten die Verbraucher in den meisten Industrieländern der westlichen Welt veranlaßt, ihre übersteigerte Konsumgüternachfrage zu reduzieren. Die Auflösung von Vorräten bei den Konsumenten, der wegen Nachfragerückgang und beengter Liquidität not-

wendige Lagerabbau beim Handel, die Erwartungen weiterer Preisrückgänge wirken sich in einem Nachlassen der Aufträge an die Konsumgüterindustrie aus. Wenn nicht neue Auftriebskräfte wirksam werden, muß damit gerechnet werden, daß die Konsumentennachfrage enger als bisher an die laufende Einkommensbildung gebunden bleibt.

Die weitere Einkommensbildung, die durch sie bedingte Nachfrage und schließlich die gesamte Produktion werden allerdings zunehmend Impulse durch die Steigerung der Rüstung erhalten. Im April 1951 betrug in den Vereinigten Staaten die Jahresrate der Rüstungsausgaben 25 Mrd. Dollar. Ihr Anstieg auf eine Jahresrate von etwa 50 Mrd. Dollar steht bevor. Die westeuropäischen Länder haben ihre Verteidigungsausgaben von 4,5 Mrd. Dollar im Jahr vor Ausbruch des Korea-Konflikts auf gegenwärtig 8 Mrd. Dollar jährlich erhöht.

Die zunächst als Normalsatz für die Rüstungsausgaben angenommenen 10 vH des Sozialprodukts werden allerdings nur in Großbritannien erreicht und in den Vereinigten Staaten überschritten werden. Die Vereinigten Staaten rechnen mit 18 vH. Frankreich sieht hingegen nur 7 vH für Rüstungszwecke vor. Die anderen Länder bleiben noch unter diesem Satz.

Die Auswirkungen der zunehmenden Rüstung auf die Gesamtnachfrage und die Preise sind entscheidend von den Finanzierungsmethoden abhängig. Sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien schloß das abgelaufene Haushaltsjahr trotz gestiegener Rüstungsausgaben mit einem Überschuß ab. Die Aussichten in den USA, den vorgesehenen Rüstungsaufwand auch weiterhin allein aus Steuermitteln zu finanzieren, sind jedoch zweifelhaft. Auch in den europäischen Ländern bringen die zusätzlichen Rüstungsausgaben die Gefahr von Haushaltsdefiziten mit sich. Daraus könnte sich ein nicht abschöpfbarer Überhang von Kaufkraft für zivile Verbrauchsgüter ergeben, zumal wenn die Produktion auf diesen Gebieten zugunsten der Rüstung eingeschränkt werden muß. Eine derartige Entwicklung kann durch Lohnsteigerungen verschärft, dagegen durch Steigerung der Produktivität, größere Ersparnisbildung und Verminderung der privaten Investitionen gemildert werden.

Die Entwicklung des Welthandels ist im wesentlichen von der weiteren Expansion in den führenden Industrieländern und der Verwendung der u. a. in Großbritannien und den überseeischen Rohstoffländern im letzten Jahr stark gestiegenen Gold- und Devisenbestände abhängig. Dabei streiten verschieden gerichtete Tendenzen miteinander. In der Richtung einer Steigerung des Welthandels wirken u. a. die Dollarhilfe für Verteidigungszwecke, die Intensivierung der Rüstungswirtschaft und der damit gesteigerte Gütertausch und die zu erwartende weitere Integration der westeuropäischen Wirtschaft. Retardierend werden u. a. wirken die Kürzung der Marshallplanhilfe, die Schrumpfung des Ost-West-Handels sowie die verstärkte Aufnahmefähigkeit der Binnenmärkte infolge Einkommensteigerung und dadurch bedingt verminderte Exportneigung.

Unter den gegebenen Umständen ist eine Schrumpfung des Welthandels unwahrscheinlich. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Umsätze im Welthandel ebenso steigen werden wie im vorigen Jahr.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Der Rückgang der Industrieproduktion im Winter ist verhältnismäßig schnell überwunden worden. Bis in die jüngste Zeit hat die Expansion von Produktion und Beschäftigung in Westdeutschland angehalten; ihr Tempo hat jedoch in den letzten Monaten erheblich nachgelassen. Sie droht jetzt in eine Stagnation überzugehen. Dementsprechend hat sich die Entlastung des Arbeitsmarktes abgeschwächt, so daß sich der Block der strukturellen Arbeitslosigkeit, mit dem Westdeutschland belastet ist, neuerdings kaum noch vermindert.

Die Verlangsamung im Expansionstempo ergab sich nicht allein aus den Beengungen der Produktion (Engpässen) und der Kreditreduktion, sondern auch — unabhängig davon — aus einem Rückgang der Nachfrage auf den Verbrauchsgütermärkten. Schon kurz nach Beginn des Jahres ließ die Nachfrage der Konsumenten erheblich nach, nicht zuletzt deshalb, weil ihre finanziellen Reserven, die die Kaufwelle getragen hatten, weitgehend erschöpft waren. Dieses Nachlassen der Nachfrage hat sich verhältnismäßig rasch vom Einzelhandel auf die Verbrauchsgüterindustrien übertragen, zumal die Rückschläge, die seit Mitte Februar 1951 in der Preisbewegung auf den Weltmärkten eingetreten sind und bis heute anhalten, die Käufer in allen Stufen der Verarbeitung und des Handels veranlassen, auf eine Reduktion der Lager bedacht zu sein.

Es kommt jetzt darauf an, daß alles geschieht, damit sich im Rahmen des durch die Engpässe gegebenen Spielraums, der sich nur sehr langsam erweitern kann, Produktion und Beschäftigung dauernd auf jenem Maximum halten, das neben einer möglichst hohen Versorgung des Binnenmarktes eine weitere Zunahme der Ausfuhr gestattet.

Wenn in den letzten Monaten eine gewisse Entspannung in der Kohleverversorgung eingetreten war, so war dies hauptsächlich saisonmäßig sowie durch stärkere Heranziehung elektrischer Energie und erhöhte Einfuhr amerikanischer Kohle zu erklären. Durch die Importe konnte die Erzeugung der kohleintensiven Industriezweige, insbesondere der eisenschaffenden Industrie seit März wieder etwas ausgeweitet werden. Allerdings stehen der Verwendung amerikanischer Kohle im Stahlsektor hohe Stahlexportverpflichtungen (Kohle-Stahl-Austausch) gegenüber. Man ist jetzt bemüht, im Zusammenhang mit der beabsichtigten Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise das Austauschverhältnis für Deutschland günstiger zu gestalten.

Gegenwärtig — schon im Sommer — bahnt sich eine neue Verschärfung der Kohlenklemme an. Sie ist z. T. durch die Höhe der Westdeutschland auferlegten Kohlenexporte verursacht, hängt aber letztlich damit zusammen, daß die Kohlenförderung gegenüber der Industrieproduktion zurückgeblieben ist. Die Steinkohlenförderung ist seit November 1950 im ganzen nicht mehr gestiegen.

Unter diesen Umständen bereitet es große Schwierigkeiten, die üblicherweise im Sommer gebildeten Kohlenvorräte für den Winterbedarf in diesem Jahr anzulegen. Nur wenn im laufenden Vierteljahr weitgehend auf Vorratsbildung verzichtet wird, ist es möglich, die Industrieproduktion etwa auf dem erreichten Stand zu halten. Schon unter normalen Verhältnissen würde dies aber große Gefahren für die Versorgung im Winter in sich bergen; um so mehr in der gegenwärtigen Lage, die einen Rückgriff auf Bestände oder ein Ausweichen in anderer Form kaum noch gestattet. Nur durch eine rasche kräftige Steigerung der Kohlenförderung über das im Herbst und Winter saisonübliche Maß hinaus würden sich größere Schwierigkeiten verhindern lassen. Es ist schwer zu entscheiden, ob bereits alle Möglichkeiten der kurzfristigen Förderungssteigerung ausgeschöpft sind. Obwohl sich das Mißverhältnis zwischen Kohlenförderung und Industrieproduktion schon seit Beginn des Korea-Krieges immer stärker gezeigt hat und schon Anfang 1951 ein Investitionsprogramm im Kohlenbergbau bereitstand, ist heute, zur Jahresmitte, mit seiner Durchführung noch nicht einmal begonnen worden.

Der Engpaß in der inländischen Eisen- und Stahlerzeugung ist teils eine Folge des Kohlenmangels, teils ist er durch die Kapazitätsbegrenzungen bedingt. Das Inland konnte in den letzten Monaten nur mit geringeren Mengen beliefert werden als im Herbst vorigen Jahres. Nachdem die Verminderung der Rohstahlerzeugung, soweit sie auf inländischen Brennstoffen beruht, die Walzwerke gezwungen hatte, ihre Abnehmer bei starker Steigerung der Nachfrage nach Walzwerksfertigerzeugnissen zunehmend aus Lagerbeständen zu beliefern, kann nunmehr nur noch mit einer Versorgung aus der laufenden Produktion gerechnet werden. Selbst wenn in Zukunft durch zusätzliche Kohlenimporte aus den Vereinigten Staaten die Kapazität der Stahlindustrie voll ausgenutzt werden könnte, ist eine bessere Belieferung der verarbeitenden Industrie nur möglich, wenn von dem mit eingeführter Kohle erzeugten Stahl ein größerer Teil als bisher für den Binnenmarkt abgezweigt werden kann.

Während die Produktion von Konsum-erzeugnissen bis April den hohen Stand vom Herbst vorigen Jahres halten konnte, ist der Absatz seit Mitte Januar stark geschrumpft. In den Monaten Februar bis Mai lag er nur noch um ein Zehntel über dem Wert in den entsprechenden Monaten des Jahres 1950. Im Mai betrug der Unterschied nur mehr 6 vH; die Mengenumsätze waren sogar niedriger als im Mai 1950. Bei merkbarem Rückgang der Wareneingänge und geringfügig abnehmender Lagerhaltung im Handel ist seit Mai auch die Konsumgüterproduktion gesunken. Es ist anzunehmen, daß dieser Prozeß so lange anhält, bis die überhöhten Lagerbestände im Einzelhandel durch verringerten Warenbezug beseitigt sind.

Die Investitionstätigkeit, soweit sie auf eine Ausdehnung der Warenproduktion gerichtet ist, d. h. ohne Bauinvestitionen, ist zwar noch immer verhältnismäßig hoch; sie nimmt aber seit dem Herbst und Winter 1950, wenn überhaupt, nur noch langsam zu. Wenn das gesamte

Investitionsvolumen dagegen in den letzten Monaten noch in raschem Anstieg begriffen war, so hing dies nur mit der noch verhältnismäßig lebhaften Bautätigkeit zusammen.

Bei günstigem Wetter, wachsender Baustoffproduktion mit Hilfe frei hinzugekaufter Kohle und in Befürchtung weiter steigender Kosten setzte die Bautätigkeit bereits im Februar 1951 kräftig ein. In den ersten fünf Monaten d. J. war sie um ein knappes Sechstel höher als in der gleichen Vorjahrsperiode. Einer weiteren konjunkturellen Belebung der Bautätigkeit steht einmal der Mangel an erststelligen Mitteln für die Finanzierung neu zu beginnender Wohnungsbauten, zum anderen die Erhöhung der Baukosten entgegen, die die Durchführung mancher Bauprojekte unmöglich machen. Das gilt auch für den sozialen Wohnungsbau, da hier die Verteuerung der Baukosten bei unveränderten Mietsätzen die Rentabilität besonders beeinträchtigt.

Das Bauvolumen wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres in größerem Umfang als bisher von den Besatzungsbauten bestimmt werden. Selbst wenn man hierfür 1—1½ Mrd. DM ansetzt, ist für den Rest des Jahres eine übersaisonale Ausweitung der Bautätigkeit nicht zu erwarten.

Die Investitionsgütererzeugung ist im ganzen noch bis Mai gestiegen. Bei der geschilderten Entwicklung der binnenwirtschaftlichen Investitionstätigkeit war dies nur möglich, weil die Nachfrage nach Anlagegütern aller Art aus dem Ausland noch gewachsen ist.

Die akute Zahlungsbilanzkrise, in die Westdeutschland im Spätherbst 1950 geraten war und die Ende Februar 1951 die Bundesregierung zu einer drastischen administrativen Beschränkung der Einfuhr veranlaßte, kann zunächst als überwunden gelten. Unter dem Einfluß dieser Maßnahmen und infolge des Rückgangs der Nachfrage nach Einfuhrwaren ist der Wert der Einfuhr im April und Mai um etwa ein Sechstel gegenüber dem Niveau gesunken, auf dem er sich von Oktober 1950 bis März 1951 gehalten hatte. Die Lager an Einfuhrwaren haben sich infolgedessen vermindert. Da jetzt wieder mit steigenden Einfuhren zu rechnen ist, wird eine allgemeine Beengung der Produktion durch einen Mangel an Einfuhrwaren jedenfalls zunächst nicht eintreten. Dies gilt vor allem, solange die Nachfrage in den besonders einfuhrabhängigen Industriezweigen noch gedrückt ist.

Erfreulicherweise ist die Ausfuhr weiter im Steigen begriffen. Sie ist gegenwärtig mit monatlich knapp 1,2 Mrd. DM etwa ein Fünftel höher als im 4. Vierteljahr 1950 und nahezu doppelt so hoch wie vor einem Jahr.

Infolge dieser Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr ergab sich im März 1951 zum erstenmal seit September 1950 im kommerziellen Außenhandel wieder ein Ausfuhrüberschuß. Im April und Mai war sogar der gesamte Außenhandel (d. h. der Außenhandel einschließlich der devisenmäßig gestundeten Einfuhren) zum erstenmal seit Kriegsende aktiv. Nach Abdeckung des Sonderkredits ist jetzt eine Erhöhung der Einfuhr aus dem EZU-Raum vorgesehen. Es ist auch anzunehmen, daß für vorübergehende Neuverschuldungen bei der EZU eine Erweiterung der Verschul-

dungsquote auf etwa 500 Mill. Dollar zugestanden wird. Ohne anhaltende Zunahme der Ausfuhr werden aber die Devisen für den Rohstoffbezug zu einer Ausweitung der Produktion und für die notwendigen Nahrungsmitelefuhren nicht bereitgestellt werden können. Noch haben die westdeutschen Exporte durch den Liberalisierungsstop offenbar nicht gelitten.

Die Austauschrelationen im Außenhandel, die sich bis zum Mai noch, wenn auch nicht so stark wie vordem, verschlechtert hatten, werden sich von Juni an zunächst bessern, da sich nun die Preisrückgänge auf den Rohstoffmärkten in den Einfuhrpreisen auswirken müssen, die deutschen Ausfuhrpreise aber im allgemeinen zunächst noch weiter steigen.

Auf den Binnenmärkten haben sich die Preisaufrichtungstendenzen nach der lebhaften Aufwärtseentwicklung im 1. Vierteljahr 1951 inzwischen erheblich abgeschwächt. Besonders auf einzelnen Konsumgütermärkten sind die Preise sogar schon gesunken. Freilich sind zunächst auch weiterhin noch Tendenzen zur Erhöhung der Preise zu erwarten, so von der Neufestsetzung einiger obrigkeitlich geregelter Preise und Tarife, von der Erhöhung der Umsatzsteuersätze und von dem Wegfall von Zollbegünstigungen. Bei den gegebenen Nachfrageverhältnissen werden sich diese Preiserhöhungstendenzen nicht allenthalben durchsetzen können. Außerdem sind auch weitere Preisrückgänge zu erwarten.

Die Geldversorgung der Wirtschaft ist nicht zuletzt wegen der im Februar beschlossenen Rückführung der kurzfristigen Wirtschaftskredite zumindest im Konsumgütersektor angespannt worden. Sie drückt sich in verschlechterten Liquiditätsverhältnissen aus. Die Ersparnisbildung auf den Sparkonten nimmt seit April zwar wieder zu; trotzdem ist die gesamte Geldkapitalbildung, gemessen an dem Finanzierungsbedarf insbesondere der Grundstoffindustrien und des Wohnungsbaus, nach wie vor äußerst gering. Die Netto-Verschuldung des Bundeshaushalts stieg in den letzten Monaten um ungefähr je 100 Mill. DM. Die Zunahme des Defizits wird sich bis August in dieser Größenordnung halten. Von August an sind zwar höhere Einnahmen zu erwarten. Da aber gleichzeitig größere Aufwendungen zu leisten sind, wird die monatliche Neuverschuldung im Herbst anwachsen, möglicherweise sich sogar verdoppeln. Die hierdurch entstehende Nachfrage wird mit Zentralbankgeld finanziert. Wenn sich

dadurch die Bankenliquidität weiterhin bessert, so wird diese doch vermutlich nur beschränkt zu einer Kreditausweitung benutzt werden können, da die neuen einengenden Kreditrichtlinien dem entgegenstehen.

Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, daß durch Lohnerhöhungen bedingte nominelle Steigerungen der Einkommen in Widerspruch zur Geldversorgung geraten. Nimmt dieser Widerspruch schärfere Formen an, so kann er zur Freisetzung von Arbeitskräften führen. Noch scheint die Anspannung der Liquidität in gewissen Bereichen der Investitionsgüterindustrie allerdings nicht so groß zu sein, daß hier Lohnerhöhungen durch Überwälzung der Kosten auf die Preise nicht finanziert werden könnten. Soweit sich dadurch die Preise der deutschen Ausfuhrwaren relativ verteuern, würden sich die Exportchancen für die deutsche Industrie verringern. Lohnerhöhungen könnten zwar mit dazu beitragen, die Absatzschwierigkeiten im Verbrauchsgüterbereich verhältnismäßig schnell zu überwinden; es besteht aber auch hier die Gefahr, daß die Nachfrage dann verhältnismäßig rasch an das Angebot stößt, das infolge der Engpässe im Innern und der Schranken, die durch die Zahlungsbilanz gezogen sind, nur begrenzt erweiterungsfähig ist. Dies gilt um so mehr, als aus sozialen Gründen eine Anpassung derjenigen nominell fixierten Einkommen (Renten, Pensionen), die bisher noch nicht erhöht worden sind, an den gesunkenen Geldwert notwendig ist. Auch andere Gründe, z. B. das Leistungsmoment, können für partielle Lohnerhöhungen sprechen.

Wenn jedoch infolge nomineller Einkommenserhöhungen die Gesamtnachfrage über das in seinem Wachstum begrenzte Angebot hinaus zunehmen sollte, würden sich auf den Binnenmärkten neue Tendenzen zur Preissteigerung ergeben. Die Lohnpolitik sollte aus diesem Grunde mit großer Vorsicht gehandhabt werden.

Eine völlig neue Situation könnte für Westdeutschland entstehen, wenn politische Ereignisse die inflatorischen Kräfte in der Welt wieder auslösten und dann die Preise an den Weltmärkten aufs neue zu steigen begännen, und wenn die Bundesrepublik über das hinaus, was sie gegenwärtig bereits an Besatzungskosten aufzubringen hat, einen ins Gewicht fallenden zusätzlichen Beitrag zur Rüstung der westlichen Welt zu leisten hätte.

Dieser Bericht wurde anlässlich der Münchner Tagung des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“ vom 5. bis 9. Juli 1951 von folgenden wirtschaftswissenschaftlichen Instituten verfaßt:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung)
Berlin

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Besatzungszone

Die sowjetzonale Verwaltung ist bestrebt, einen möglichst großen Teil der eisenwirtschaftlichen Versorgungslücke der Zone durch legale und illegale Einfuhren aus Westdeutschland zu stopfen; denn die spärliche Ausstattung mit Koks, Kohle und Eisenerz, die geringe Zahl von Hochöfen, Stahlföfen und Walzwerken sowie das Fehlen bestimmter Spezialproduktionen des Maschinenbaues machen sich immer wieder als Eisenengpaß spürbar. Die legale Eiseneinfuhr des sowjetischen Besatzungsgebietes aus Westdeutschland hat jedoch in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres mit 34 100 t kaum ein Drittel der Vorjahrslieferungen (Januar bis Mai 1950: 112 000 t) erreicht.

Lieferungen Westdeutschlands an die
Sowjetzone und Ostberlin

Zeit	Insgesamt		darunter:							
			Erzeugnisse des Bergbaus		Eisen u. Stahl (auch Halbzeug)		Erzeugnisse des Maschinenbaues		Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren	
	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951
Mengen in 1000 t										
Januar	68,2	57,7	0,1	53,8	51,4	2,2	0,8	0,4	1,7	0,2
Februar	40,6	91,4	0,5	70,5	22,5	5,8	0,7	0,2	0,7	0,3
März	51,9	79,8	16,1	59,6	12,1	5,5	0,4	1,6	0,5	0,7
April	74,7	113,7	25,9	82,8	15,6	10,3	0,7	1,8	0,9	0,6
Mai	70,0	90,5	20,3	71,4	10,3	10,3	1,4	0,2	0,8	0,2
Juni	53,4	.	12,8	.	9,3	.	1,6	.	1,6	.
Juli	43,7	.	6,2	.	11,7	.	1,5	.	1,0	.
August	24,6	.	0,4	.	5,2	.	2,5	.	1,1	.
Septemb.	26,2	.	0,3	.	8,8	.	2,2	.	0,6	.
Oktober	64,2	.	0,1	.	14,1	.	2,1	.	0,6	.
Novemb.	69,1	.	0,3	.	10,1	.	2,1	.	0,6	.
Dezemb.	60,8	.	15,0	.	15,8	.	3,0	.	1,0	.
Ganzes Jahr ¹⁾	670,6	.	101,7	.	194,7	.	20,8	.	11,5	.
Werte in Mill. DM-West										
Januar	34,8	8,3	0,0	2,7	20,9	1,7	2,2	1,0	1,6	0,5
Februar	18,4	11,9	0,0	2,8	9,2	1,5	2,3	0,7	0,9	1,0
März	18,3	21,2	0,8	2,6	5,3	3,2	1,8	4,3	1,0	1,6
April	29,7	35,7	1,2	3,7	7,6	5,9	2,0	5,3	1,4	1,5
Mai	24,3	24,2	0,9	2,9	5,1	4,8	3,1	0,7	1,1	0,9
Juni	26,2	.	0,6	.	4,1	.	4,4	.	1,6	.
Juli	26,4	.	0,3	.	3,9	.	4,0	.	1,8	.
August	23,5	.	0,1	.	2,8	.	5,2	.	1,9	.
Septemb.	22,9	.	0,1	.	3,7	.	4,4	.	1,1	.
Oktober	25,7	.	0,0	.	6,3	.	4,7	.	1,0	.
Novemb.	29,3	.	0,1	.	4,7	.	5,2	.	1,3	.
Dezemb.	30,2	.	1,1	.	7,2	.	6,8	.	1,9	.
Ganzes Jahr ¹⁾	328,5	.	5,5	.	84,6	.	50,7	.	18,3	.

¹⁾ Einschl. nachträglich abgerechneter Lieferungen.

Integration mit dem Ostblock

Die sowjetzonale Verwaltung behauptet jetzt, daß sie den bereits durch die „Volkswirtschaftspläne“ angestrebten Entflechtungsprozeß zwischen West- und Mitteldeutschland bewußt zu Ende führen wolle, um die Sowjetzone von „Westimporten“ unabhängig zu machen. Dies würde jedoch voraussetzen, daß entweder die Zone selbst oder die übrigen Länder des Ost-

blocks diese Lücke schließen. Wegen der fehlenden materiellen Voraussetzungen — nicht etwa nur wegen der zugegebenen, ja absichtlich in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückten organisatorischen Mängel — ist die Zone selbst hierzu nicht in der Lage. Es verbliebe nur die Hilfe des Ostblocks. Eisen- und Maschinenlieferungen der Ostblockländer wären aber nur zu Lasten der eigenen sowieso schon stark angespannten Versorgung möglich.

Solange diese Situation anhält, wird die Sowjetzone auf Eisenerzlieferungen des Westens, insbesondere der Bundesrepublik, angewiesen bleiben. Um sich dieser Zwangslage zu entziehen, hat die Sowjetzonenverwaltung gerade in der letzten Zeit weitere Schritte auf dem Wege zur Integration mit dem Ostblock getan, indem sie den Abschluß mehrjähriger Handelsverträge mit den Ostblockstaaten, insbesondere mit der Sowjetunion, vorbereitet¹⁾.

Fehlerfüllungen im neuen Fünfjahrplan

Die vorgelegte Planabrechnung für das erste Vierteljahr 1951 weist eine rechnerische Übererfüllung von einigen Prozenten aus. Die eingehende Analyse der sowjetzonalen Produktionsergebnisse erweist jedoch die Sinnlosigkeit der haushaltsmäßigen Saldierung von Unter- und Übererfüllung. Den quantitativen Übererfüllungen stehen nicht nur die Untererfüllungen, sondern vor allem die qualitativen Fehlerfüllungen gegenüber. Die Erzeugung von Steinkohle, Eisenerz, Walzwerkserzeugnissen aus NE-Metallen, von Autoreifen und -schläuchen, Ammoniak, Phosphordünger, Photo- und Kinofilmen, Dieselmotoren, Werkzeugmaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen, von Kunstseide und Wollgeweben blieb selbst der Menge nach hinter den Planzielen zurück²⁾.

Auch in den entscheidenden Positionen der Schwermaschinen, insbesondere bei Maschinenausrüstungen für die Grundstoffindustrien, wurde der Plan nicht erfüllt³⁾. Die Fertigung von Energiemaschinen, Turbinen, Hochdruckdampfkesseln, Schmiedehämmern, großen Drehbänken aller Art, großen Fräs- und Bohrmaschinen, Schleifmaschinen, Krananlagen, Schachtförderanlagen, Mehrspindel-Automaten und großen Mähbindern wurde entweder über-

¹⁾ „Neues Deutschland“, 22. 6. 1951.

²⁾ „Die Wirtschaft“, 4. 5. 1951.

³⁾ „Tägliche Rundschau“, 23. 6. 1951.

haupt noch nicht aufgenommen oder erreichte nur einen geringen Prozentsatz des Planziels⁴⁾.

Die offiziöse Kritik stellt fest: „Die erhebliche quantitative Untererfüllung in diesem entscheidenden Teil des Maschinenbaues wird noch verschärft durch teilweise mangelhafte Qualität und eine hohe Ausschußquote“, und zwar als Folge der „Lieferung von qualitativ unbefriedigendem Material“ durch die sowjetzonale Eisenindustrie⁵⁾. Die in der Planabrechnung für das 1. Vierteljahr 1951 ausgewiesenen Erfüllungsdaten⁶⁾ der Metallurgie (104 %) und des Maschinenbaus (110 %) erweisen sich demnach als Scheinerfüllungen.

In zahlreichen Fällen ist eine solche Scheinerfüllung das Ergebnis eines Verhaltens zur Produktion, das dem Weg des geringsten Widerstandes entspricht. „So konnte es vorkommen, daß z. B. die Produktion von Elektromotoren bis zu 100 kW weit über den Plan und über den volkswirtschaftlichen Bedarf hinaus gesteigert wurde, hochwertige Materialien unnötigerweise verbraucht wurden, während andererseits Hochleistungsmotore, die dringend gebraucht werden, nicht in der erforderlichen Menge erzeugt worden sind⁶⁾.“ Eine andere Fehlleistung wird von der sowjetzonalen Kritik herausgestellt: im 1. Vierteljahr 1951 bevorzugte man bei der Reparatur von Güterwagen die nur leicht beschädigten Waggonen; dadurch wurde eine lediglich quantitative Übererfüllung erzielt⁷⁾.

Die sowjetzonale Bauwirtschaft wurde von dem Vorsitzenden der Plankommission besonders heftig kritisiert⁸⁾; er machte aufmerksam auf die „schlechte Architektur der Bauten“, die „überhöhten Baukosten“ und die „lieblose Durchführung der Bauvorhaben, die ihren Ausdruck in den miserablen Wohnbauten findet“.

Der Material- und Warenmangel hält auf sämtlichen Produktionsstufen unvermindert an. „Wichtige Betriebe kamen durch nicht rechtzeitige bzw. nicht ausreichende Versorgung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten in Schwierigkeiten⁶⁾.“ Die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe konnten im 1. Vierteljahr 1951 die

im Plan vorgesehenen Vertragsabschlüsse nicht erreichen, weil den Bauern nicht genügend Industriewaren, insbesondere landwirtschaftliche Geräte und Arbeitskleidung, zur Verfügung gestellt werden konnten⁹⁾. Um die Bevölkerung über diese objektive Mangellage zu beruhigen, begann Mitte Juni die offizielle Presse der Zone eine Kampagne, die sich gegen das „bürokratische Verhalten“ der Handelszentralen wendet¹⁰⁾. Diese Kritik greift zwar tatsächlich vorhandene organisatorische Mängel auf, trifft aber nicht die materiellen Ursachen.

Arbeits- und Lohnpolitik

Drei Grundtendenzen der Arbeits- und Lohnpolitik heben sich in der Sowjetzone immer deutlicher heraus: die Bevorzugung der Rüstungswirtschaft, die Forcierung der Frauenarbeit und der Druck auf die Löhne. So erfolgten im 1. Vierteljahr 1951 die meisten Einstellungen von Arbeitskräften in den rüstungswirtschaftlich wichtigen Branchen Schwerindustrie und Maschinenbau¹¹⁾. Als anspornendes Beispiel für die forcierte „Einschleusung von Frauen in die Produktion“ wurde bekanntgegeben, daß die Maschinenfabrik Halle den Anteil der Frauen an der Belegschaft auf 31 vH erhöht hat¹²⁾. Eine besondere soziale Bedeutung kommt den umfassenden indirekten Lohnsenkungen zu, die die sowjetzonale Verwaltung durch Erhöhung der Arbeitsnormen erzielen will. Das SED-Organ „Neues Deutschland“¹³⁾ behauptet, „daß die von zahlreichen Arbeitern geleistete Arbeit nicht den gezahlten hohen Löhnen entspricht“. Dabei liegt das Lohnniveau in der Sowjetzone in nominellem Geldwert keinesfalls höher als in Westdeutschland; in effektiver Kaufkraft liegt es weit unter dem heutigen westdeutschen Lohnniveau¹⁴⁾.

⁹⁾ „Neues Deutschland“, 29. 4. 1951,

¹⁰⁾ Vgl. z. B. den Artikel im „Neuen Deutschland“ v. 16. 6. 1951: „Viermal versprochen — aber nie eingehalten. Betriebe kritisieren die Arbeitsweise volkseigener Handelsorgane“.

¹¹⁾ „Die Wirtschaft“, 4. 5. 1951, wo außerdem berichtet wird: „Die Berufs- und Fachschulen haben besonders den Unterricht für die Berufe der Schwerindustrie und des Maschinenbaus gefördert“.

¹²⁾ „Neues Deutschland“, 15. 6. 1951. — Vgl. Wochenbericht des DIW, 18. Jg., Nr. 9 vom 2. 3. 1951: „Die Bedeutung der Frauenarbeit in der sowjetischen Besatzungszone“.

¹³⁾ „Neues Deutschland“, 16. 6. 1951.

¹⁴⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, 17. Jg., Nr. 50 v. 8. 12. 1950: „Ein Kaufkraftvergleich zwischen Westdeutschland und der Sowjetzone“.

⁴⁾ „Neues Deutschland“, 21. 6. 1951.

⁵⁾ „Statistische Praxis“, 6. Jg., Heft 5 (Mai 1951).

⁶⁾ „Neues Deutschland“, 23. 6. 1951.

⁷⁾ „Berliner Zeitung“, 29. 4. 1951.

⁸⁾ „Die Wirtschaft“, 29. 6. 1951.